

Niederschrift über die Sitzung des Seniorenrates vom 27. Januar 2017

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Anerkennung der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. November 2016
- TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 5 Der Seniorenrat informiert
- TOP 6 „Der Weiße Ring stellt sich vor“
Referenten: Johann Göschl und Rainer Marenski vom „Weißen Ring“
- TOP 7 Vorstellung des gesamtstädtischen Integrationskonzepts für die
Landeshauptstadt Düsseldorf
Referentin/Referent: Ingeborg Barnikol-Demirok und Hartmut Wiene,
Amt für soziale Sicherung und Integration
- TOP 8 Vorstellung zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von
Flüchtlingen
Referentin: Miriam Koch, Flüchtlingsbeauftragte der Landeshaupt-
stadt Düsseldorf
- TOP 9 Berichte aus den Stadtbezirken, Arbeitskreisen und Ausschüssen
- TOP 10 Verschiedenes
Bürgerfragestunde

Anwesenheitsliste

Stimmberechtigte Mitglieder

Vertreterinnen und Vertreter der Stadtbezirke

Frau Utke	Stadtbezirk 1
Herr Dr. Mühlen	Stadtbezirk 1
Herr Meier	Stadtbezirk 2
Herr Pfennig	Stadtbezirk 2
Frau Dr. Hümmerich-Terhorst	Stadtbezirk 3
Frau Schneider	Stadtbezirk 5
Herr Jungbluth	Stadtbezirk 6
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Frau Meister	Stadtbezirk 7
Herr Döring	Stadtbezirk 7
Herr Oehme	Stadtbezirk 8
Herr Pilis	Stadtbezirk 8
Herr Becker	Stadtbezirk 9
Frau Dr. Hoppe-Treutner	Stadtbezirk 9
Frau Ripper	Stadtbezirk 10
Herr Wieske	Stadtbezirk 10

Vertreterinnen und Vertreter aus stationären Einrichtungen eines Verbandes der freien Wohlfahrtspflege (Bewohnerbeirat)

Herr Kloke	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Schnütgen	Alloheim
Frau Stockelmaier	Diakonie

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen

Herr Egbers	CDU
Frau von Dechend	CDU
Ratsfrau Leibauer	SPD
Frau Ruhland	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Ries	Tierschutzpartei / FREIE WÄHLER

Beratende Mitglieder

Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände

Frau Loskamp	Der Paritätische
Herr Mayer	Arbeiterwohlfahrt
Frau Kreft	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Wienß	Diakonie

Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung

Herr Rütten	Büro 01
Frau Funda	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Hoop	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Hellendahl	Büro 06
Herr Rankenhohn	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Wagner	Amt für soziale Sicherung und Integration

Gäste / Referentinnen und Referenten

Frau Barnikol-Demirok	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Koch	Flüchtlingsbeauftragte der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herr Wiene	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Göschl	„Weißer Ring“
Herr Marenski	„Weißer Ring“

Entschuldigt

Herr Hintzsche	Stadtdirektor
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Gatzka	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Lucas	Sana Kliniken Düsseldorf GmbH
Herr Breimeyer	Stadtbezirk 3
Frau Schneider	Caritasverband
Frau Fröhlich	Jüdische Gemeinde
Frau Hartmann	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Brajovic	Die Linke

TOP 1

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Jungbluth begrüßt die anwesenden Mitglieder des Seniorenrates, die Gäste sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er heißt Frau Barnikol-Demirok und Frau Koch als Referentinnen sowie Herrn Göschl, Herrn Marenski und Herrn Wienen als Referenten der heutigen Sitzung sowie eine Gruppe gehörloser Besucherinnen und Besucher mit Gebärdensprachdolmetscherinnen herzlich willkommen und entschuldigt Abwesende. Anschließend stellt Herr Jungbluth die Beschlussfähigkeit des Seniorenrates fest.

TOP 2

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Oehme stellt den Antrag, die Tagesordnung um die Punkte

- TOP 3a Genehmigung Jahresbericht und
- TOP 3b Genehmigung Beschlussvorlage „Gesundheitskonferenz“ zu erweitern.

Die Mitglieder des Seniorenrates erkennen die Tagesordnung unter Berücksichtigung der Erweiterung einstimmig an.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. November 2016

Frau Meister weist darauf hin, dass im Protokoll auf Seite 7 bei den Informationen des Stadtbezirks 7 der Ort der Auftaktveranstaltung der Kampagne „Wir leihen Ihnen ein Ohr“ korrigiert werden muss. Die Auftaktveranstaltung finde am 7. April im Gerresheimer Rathaus statt.

Die Niederschrift wird anschließend mit der handschriftlichen Korrektur einstimmig genehmigt.

TOP 3a

Genehmigung Jahresbericht

Der Jahresbericht des Seniorenrates wird einstimmig genehmigt.

Der Jahresbericht ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

TOP 3b

Genehmigung Beschlussvorlage „Gesundheitskonferenz“

Die Beschlussvorlage wird einstimmig genehmigt.

Die Beschlussvorlage ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Funda weist auf folgende Veranstaltung des Pflegebüros des Amtes für soziale Sicherung und Integration in Kooperation mit der Volkshochschule hin, die am 17. März 2017 in der Zeit von 15 bis 17 Uhr stattfinden werde.

Der Titel laute: „Fragen und Antworten zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff“
- Was bedeutet der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff? Wie wird er definiert?
- Welche Unterschiede bestehen zur derzeitigen Pflegebegutachtung?
- Wie werden die Versicherten vom alten in das neue System umgeleitet?

Dozentin sei Frau Sahnen, Teamleiterin Pflege im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Nordrhein (MDK).

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“ des Pflegebüros des Amtes für soziale Sicherung und Integration werde auf die Frage eingegangen, wie die Leistungen der Pflegeversicherung optimal ausgeschöpft werden können.

Folgende Termine in den „zentren *plus*“ seien festgelegt worden:

16. Februar	DRK Friedrichstadt, Jahnstraße 47
30. März	AWO Altstadt, Kasernenstraße 6
27. April	Caritas Oberbilk, Kölner Straße 265
18. Mai	Diakonie Benrath, Calvinstraße 14
29. Juni	ASB Holthausen, Henkelstraße 15

Die Veranstaltungen fänden jeweils im Zeitraum von 15 bis 17 Uhr in Kooperation mit der AOK und BEK statt und seien kostenfrei.

TOP 5

Der Seniorenrat informiert

Herr Jungbluth gibt an, dass in den Düsseldorfer Apotheken ein „Seniorenratgeber“ ausliege, der interessante Hinweise für Seniorinnen und Senioren beinhalte. Dieser Ratgeber sei kostenlos und erscheine jeden Monat neu.

TOP 6

Der „Weiße Ring“ stellt sich vor

Herr Marenski und Herr Göschl stellen sich als Mitarbeiter der Außenstelle Düsseldorf des „Weißen Rings“ vor.

Herr Marenski gibt an, dass der „Weiße Ring“ im September 1976 von 18 Personen als gemeinnütziger Verein gegründet worden sei.

Aktuell liege die Zahl bei circa 50.000 Mitgliedern, die bundesweit in 420 Außenstellen organisiert seien. Jedes Bundesland habe einen Landesverband, Düsseldorf gehöre zum Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Hauptaufgabe des Vereins sei Beistand und Hilfestellung für Opfer von Straftaten.

Kontaktaufnahme könne über das bundesweite Opfertelefon 116 006 erfolgen; dort seien besonders geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, die den Fall an eine der Außenstellen weiterleiten würden, es könne jedoch auch direkt Kontakt zu einer der Außenstellen aufgenommen werden.

Viele Hinweise auf Opfer erfolgten auch durch die Polizei.

Grundsätzlich werde das Opfer zunächst telefonisch durch die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des „Weißen Rings“ kontaktiert und es werde ein Termin für einen Hausbesuch vereinbart. Dies habe den Vorteil, dass ein Einblick in das soziale Umfeld erfolgen könne.

Wenn das Opfer keinen Hausbesuch wünsche, könne ein Treffen in der Sprechstunde des „Weißen Rings“ vereinbart werden, die jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat in der Zeit von 12 bis 14 Uhr in der Johanneskirche stattfinde.

Bei dem persönlichen Kontakt sei insbesondere der Beistand wichtig. Bei Bedarf könne auch eine Begleitung zu Terminen bei der Staatsanwaltschaft oder der Polizei erfolgen. Möglich sei auch eine Vermittlung an andere Beratungsstellen.

An Hilfsangeboten stehe unter anderem ein Beratungsscheck für ein Erstgespräch in einer Anwaltskanzlei zur Verfügung. Dieser Scheck habe einen Wert von 150 Euro.

Häufig eingesetzt werde auch eine Unterstützung bei finanzieller Notlage; hierfür stünden maximal 300 Euro als Barscheck zur Verfügung.

Herr Göschl schildert anhand eines praktischen Falls den Einsatz der Hilfe: Eine junge Frau sei von ihrem ehemaligen Partner bei einem Treffen durch mehrere Messerstiche schwer verletzt worden, nach der Entlassung aus dem Krankenhaus standen keine finanziellen Mittel für die Fahrten zu den ambulanten Kontrolluntersuchungen zur Verfügung. Zu diesem Zweck sei der Barscheck vom „Weißen Ring“ zur Verfügung gestellt worden.

Herr Marenski gibt an, dass 1976 auch das Opferentschädigungsgesetz verabschiedet worden sei. Dadurch hätten Opfer von Straftaten Anspruch auf finanzielle Entschädigung; der Antrag müsse beim Landschaftsverband Rheinland gestellt werden.

Erfahrungsgemäß sei jedoch die Bearbeitungszeit sehr lang, so dass den Opfern die Entschädigung nicht kurzfristig zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Marenski gibt an, dass sich der „Weiße Ring“ überwiegend durch Mitgliedsbeiträge sowie Spenden finanziere.

Anschließend beantwortet Herr Marenski Fragen von verschiedenen Mitgliedern des Seniorenrates sowie von Bürgerinnen und Bürgern.

Zunächst gibt er an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Weißen Rings“ ein Gespür dafür entwickelten, ob ein Opfer glaubwürdig sei oder nicht.

Anschließend berichtet Herr Marenski, dass von den 2016 eingegangenen 14.000 Anrufen von Opfern etwa 20 Prozent auf sexuelle Gewalt entfielen, 17 Prozent auf Einbrüche, 15 Prozent auf Körperverletzung inklusive häuslicher Gewalt und zwölf Prozent auf Stalking.

Sexualdelikte würden immer von weiblichen Beschäftigten des „Weißen Rings“ bearbeitet.

Bei Fällen von Stalking empfehle der „Weiße Ring“ ein Tagebuch zu führen, in dem jede Handlung der Stalkerin oder des Stalkers aufgeführt werde, um im Bedarfsfall bei Gericht Nachweise vorlegen zu können.

Selbstverständlich können sich auch Gehörlose oder Hörbehinderte an den „Weißen Ring“ wenden; hierfür könne ein Dolmetscherdienst in Anspruch genommen werden. Seit dem vergangenen Jahr sei eine Onlineberatung möglich, das Opfer erhalte innerhalb von 24 Stunden eine Antwort.

Auf Wunsch von Herrn Jungbluth wurden die Telefonnummern angegeben; das bundesweite Opfertelefon ist unter der Telefonnummer 116 006 erreichbar; die Geschäftsstelle in Düsseldorf unter der Telefonnummer 0151/55 16 47 89.

Herr Jungbluth bedankt sich bei Herrn Marenski und Herrn Göschl für den Vortrag.

TOP 7

Vorstellung des gesamtstädtischen Integrationskonzepts für die Landeshauptstadt Düsseldorf

Herr Wienen stellt Frau Barnikol-Demirok und sich selbst kurz vor.

Er berichtet, dass das aktuell vorgestellte Integrationskonzept das dritte Konzept sei; das derzeit noch bestehende zweite Konzept sei 2013 eingeführt worden.

Die wesentliche Neuerung des aktuellen Konzepts sei es, die Integration als Querschnittsaufgabe sowohl bei der Stadtverwaltung als auch in der Gesellschaft zu verankern. Dieses beinhalte ein gemeinsames Verständnis von Leitzielen.

Ein Integrationskonzept sei die politische Grundlage, um ein kommunales Integrationszentrum einzurichten; ohne diese Einrichtung würden keine finanziellen Landesmittel zugewiesen.

Anschließend zeigt Herr Wienen die Aufgaben des Integrationszentrums auf sowie die einzelnen Schritte der Erarbeitung des Konzepts.

Des Weiteren erläutert er die zentralen Ziele des Konzepts, wie Schaffung eines gleichberechtigten Miteinanders sowie Unterstützung bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung.

Inhaltlich gliedere sich das Konzept in zwei Ebenen, verwaltungsintern und verwaltungsextern.

Herr Wienen übergibt das Wort an Herrn Rankenhohn, der das Handlungsfeld für Seniorinnen und Senioren vorstellt.

Herr Rankenhohn erläutert zunächst die Ausgangslage in Düsseldorf, hier sei auch der demographische Wandel spürbar.

Im Jahr 2005 sei eine Neuausrichtung der offenen Seniorenarbeit mit der Einrichtung von insgesamt 32 „zentren *plus*“ erfolgt.

Daneben biete das Pflegebüro sowie das Demenz-Servicezentrum Hilfe an.

Menschen mit Migrationshintergrund sollten über die unterschiedlichen breitgefächerten Angebote der Beratung und praktischen Unterstützung informiert werden. Bei

Bedarf würden neue Zugänge für besondere Lebenslagen entwickelt. Dadurch werde auch die Nutzung von Regelangeboten erhöht.

Ein Schwerpunkt in diesem Handlungsfeld sei das Thema Demenz. Hier liege ein Fokus auf der Weiterentwicklung von interkulturellen, niederschweligen Angeboten und Zugangswegen ins Regelsystem. Vorhandene Planungsinstrumente würden regelmäßig dazu eingesetzt, interkulturelle Bedarfe zu erfassen und bei zukünftigen Vorhaben angemessen zu berücksichtigen.

Es bestehe Transparenz über das differenzierte Angebotsspektrum für Seniorinnen und Senioren, bei Bedarf würden neue Zugänge geschaffen.

Das Demenz-Servicezentrum koordiniere mit dem Interkulturellen Demenz-Netzwerk Düsseldorf das Projekt „Brücken bauen – kultursensibel helfen“. Mehrsprachige „Brückenbauerinnen und Brückenbauer“, die jeweils bei verschiedenen Trägern angesiedelt seien, fungierten als Lotsin oder Lotse zwischen der jeweiligen Community und den vorhandenen Hilfestrukturen.

Sozialraumorientierte, interkulturell ausgerichtete Angebote seien Gegenstand der Zielvereinbarungsgespräche mit den Leitungen der „zentren plus“ im Rahmen des jährlichen Controllings. Auch Fragen der Personalentwicklung und der Vernetzung, zum Beispiel mit Schlüsselpersonen der Communities, würden in diesen Gesprächen berücksichtigt.

Das Pflegebüro frage bei Pflegeanbieterinnen und Pflegeanbietern fremdsprachige Leistungen sowie interkulturell ausgerichtete Angebote der hauswirtschaftlichen Versorgung ab und veröffentliche sie im Pflegeatlas.

Parallel dazu würden Anbieterinnen und Anbieter hauswirtschaftlicher, pflegerischer und teilstationärer Angebote hinsichtlich kultursensibler Bedarfe beraten. Interkulturelle Themen würden regelmäßig und fortlaufend berücksichtigt, zum Beispiel durch Kulturprogramme, Begegnungsräume oder das Ausleihen von Räumlichkeiten an Vereine unter Einbeziehung der Communities der Migrantinnen und Migranten sowie der interkulturellen Wünsche der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Bei der hauswirtschaftlichen Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege solle unter anderem die Planung und Information über interkulturell ausgerichtete Angebote überarbeitet werden.

Herr Jungbluth schlägt anschließend vor, dass das Konzept in der nächsten internen Sitzung des Seniorenrates beraten wird.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Abschließend macht Herr Dr. Mühlen darauf aufmerksam, dass der Seniorenrat vorab nicht in die Beratungsfolge über das Konzept aufgenommen wurde.

Die Präsentation ist als Anlage 3 beigelegt.

TOP 8

Vorstellung des Konzepts zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Frau Koch stellt sich zunächst vor und teilt mit, dass zum Stichtag 31. Dezember 2016 insgesamt 7.755 Flüchtlinge in Düsseldorf untergebracht gewesen seien.

Im vergangenen Jahr wurden 5.495 Personen neu aufgenommen. Derzeit würden noch vier winterfeste Leichtbauhallen als Unterkünfte genutzt. Die Anmietung der Hallen erfolgte, da die Bauphase für sechs feste Wohnprojekte habe überbrückt werden müssen.

Aktuell erhalte Düsseldorf 30 Neuzuweisungen pro Woche. Dabei handele es sich um 65 Prozent männliche Flüchtlinge und 35 Prozent weibliche Flüchtlinge. 30 Prozent der Flüchtlinge seien noch minderjährig.

Die Altersklasse der 50- bis 64-Jährigen belaufe sich auf 4,35 Prozent, die der über 65-Jährigen auf 0,86 Prozent.

Eine zentrale Aufgabe sei die Unterbringung von Flüchtlingen mit verfestigtem Aufenthaltsstatus in Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt.

Im August 2016 sei die Wohnsitzauflage eingeführt worden, nach der die Flüchtlinge grundsätzlich drei Jahre in dem Bundesland bleiben müssten, in dem sie ihren Aufenthaltsstatus erhalten haben.

Nordrhein-Westfalen habe eine weitere Ausführung beschlossen, nach der die Flüchtlinge drei Jahre an die Gemeinde gebunden seien, die den Aufenthaltsstatus ausgestellt habe.

Innerhalb der Stadtverwaltung Düsseldorf sei daher die Arbeitsgruppe „Wohnen für alle“ gebildet worden, die sich intensiv mit der Wohnproblematik von Flüchtlingen befasse.

Anschließend zeigt Frau Koch die Unterkünfte auf, die im Laufe des Jahres nicht mehr zur Verfügung stünden.

Auf Fragen aus dem Publikum beziehungsweise dem Gremium führt Frau Koch aus, dass die Bundesagentur für Arbeit zusammen mit dem Jobcenter bezüglich der Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeitsstellen einen „Integrationpoint“ gebildet habe; dadurch seien bisher etwa 150 Flüchtlinge in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden.

Die Standorte der Leichtbauhallen lägen überwiegend im Süden, weil dort die Mehrzahl der städtischen Grundstücke liege, deren Nutzung kurzfristig möglich gewesen sei.

Für den Standort in der Benrodestraße liefen derzeit Verhandlungen, um die Einrichtung noch länger nutzen zu können.

Durch eine rechtzeitig bekanntgegebene Planung der Standorte in den Stadtteilen und der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger durch Ortstermine und Informationsveranstaltungen sei die Situation in Düsseldorf unproblematisch.

Die im vergangenen Jahr als Unterkünfte genutzten Schulturnhallen konnten rechtzeitig zum Schulbeginn wieder geräumt werden.

Zu dem Brand auf dem Messegelände teilt Frau Koch mit, dass für jede Unterkunft ein Brandschutzplan bestehe, die Unterkünfte mit Rauchmeldern ausgestattet seien sowie Brandwachen tätig seien.

Die Vorbehalte von Bürgerinnen und Bürgern als Nachbarn von Unterkünften würden sich durch aufgenommene Kontakte mit den Flüchtlingen abbauen.

Herr Jungbluth dankt Frau Koch für den Vortrag.

Die Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.

TOP 9

Berichte aus den Stadtbezirken, Arbeitskreisen und Ausschüssen

Stadtbezirk 1

Frau Utke teilt mit, dass eine Einladung der Bezirksverwaltungsstelle ausgesprochen worden sei. In der Veranstaltung solle ein Konzept vorgestellt werden, wie Kontakt mit den Flüchtlingen aufgenommen werden könne.

Stadtbezirk 2

Herr Pfennig berichtet, dass bei einem Termin im „zentrum *plus*“ ein Fragenkatalog mit 63 Fragen erstellt worden sei. Den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtbezirks 2 wurde darin Gelegenheit gegeben, Anregungen und Kritik zu stadtbezirksbezogenen Angelegenheiten zu geben. Der Katalog sei Herrn Jungbluth übergeben worden.

Stadtbezirk 4

Frau Theuringer weist darauf hin, dass am 20. Mai im Stadtbezirk der Seniorentag auf dem Barbarossaplatz stattfindet. Dort werde wieder die Kampagne „Gemeinsam statt alleine“ aufgegriffen.

Stadtbezirk 5

Frau Schneider gibt an, dass derzeit ein Ersatz für Herrn Grass gesucht werde; dieser ist als Seniorenrat für den Stadtbezirk 5 zurückgetreten.

Des Weiteren finde die nächste Stadtbezirkskonferenz am 21. Februar statt.

Stadtbezirk 8

Herr Oehme weist darauf hin, dass am 17. September der Seniorentag im Stadtbezirk stattfindet.

Stadtbezirk 9

Herr Becker berichtet, dass die Planung für die Rheinschiffahrt für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger angelaufen sei. Die Fahrt werde am 4. Juli stattfinden.

Arbeitskreis Gesundheit und Pflege

Frau Utke gibt bekannt, dass der Arbeitskreis am 2. Februar wieder seine Arbeit aufnehmen. Eingeladen sei Herr Sander von der AWO, der einen Vortrag über das Pflege-stärkungsgesetz II halten werde.

Arbeitskreis Bildung und Kultur

Frau Schneider teilt mit, dass das nächste Treffen am 8. Februar stattfindet. Thema sei das Programm und die Auftaktveranstaltung des „Kulturherbstes 2017“.

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Frau Utke weist darauf hin, dass der Ausschuss am 8. Februar taget.

Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung

In der Sitzung am 6. Februar wird Frau Utke das Wohnprojekt „Ulmer Höh“ vorstellen.

Ausschuss für Gleichstellung

Frau Schneider hatte die Gelegenheit, im Ausschuss einen Vortrag über Seniorinnen und Senioren zu halten.

Kulturausschuss

Frau Schneider berichtet, dass die Ratsfraktion „Die Linken“ einen Antrag gestellt habe, an einem bestimmten Tag freien Eintritt in die Düsseldorfer Museen zu gewähren. Frau Schneider habe im Namen des Seniorenrates den Antrag unterstützt.

TOP 10

Verschiedenes/Bürgerfragestunde

Herr Mayer bittet darum, dass neben dem Nordfriedhof auf weiteren Friedhöfen ein Friedhofsmobil angeschafft wird.

In der Sitzung des Seniorenrates am 25. November des vergangenen Jahres sei mitgeteilt worden, dass hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden.

Herr Jungbluth teilt mit, dass diese Angaben vom Garten-, Friedhofs und Forstamt bestätigt worden seien.

Frau Leibauer regt hierzu an, Fördermittel beim Jobcenter zu beantragen, hier stünden für solche Zwecke Mittel zur Verfügung.

Frau Schneider fordert dazu auf, den Antrag zu unterstützen, hierzu solle in einer der kommenden Sitzungen des Seniorenrates eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Garten-, Friedhofs und Forstamts eingeladen werden.

Herr Meier weist darauf hin, dass das Friedhofsmobil auf dem Nordfriedhof im vergangenen Jahr etwa von 1.000 Personen genutzt wurde.

Herr Tabath von der Polizeidirektion macht darauf aufmerksam, dass über die Rheinbahn beziehungsweise die Zukunftswerkstatt Düsseldorf (ZWD) ein Begleitservice für den Friedhof gebucht werden könne. Das Personal sei auf etwa 100 Personen aufgestockt worden. Die Buchung sollte zwei Tage vor dem geplanten Friedhofsbesuch erfolgen. Die Begleitung erfolge vom Eingang des Friedhofs bis zum Grab und wieder zurück.

Das Thema soll im Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr wieder aufgegriffen und weiter verfolgt werden.

Herr Meier gibt bekannt, dass seit dem 1. Januar auch für Altbauten in Nordrhein-Westfalen eine Rauchmelderpflicht bestehe. Die Anschaffung obliege der Eigentümerin oder dem Eigentümer, die Wartung der Mieterin oder dem Mieter.

Es gebe auch Modelle für Hörgeschädigte. Ratsfrau Leibauer bittet darum, in Erfahrung zu bringen, ob hierfür Zuschüsse gewährt würden.

Auch dieses Thema werde im Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr weiterverfolgt.

Ende der Sitzung: 12.15 Uhr

Nächste Sitzung: 31. März 2017

Georg Jungbluth
Vorsitzender des
Seniorenrates

Ulrike Funda
Amt für soziale Sicherheit
und Integration

Michael Wagner
Schriftführer